

US-Stellenmarkt nur kurzfristig gut

Seit einigen Monaten werden wieder neue Jobs geschaffen – Ende 2010 bestehen aber nicht mehr Arbeitsplätze als vor zehn Jahren

MARTIN GOLLMER

Das Gute vorweg: Die US-Wirtschaft schafft weiterhin Stellen – im Dezember waren es gemäss Zahlen des Bureau of Labor Statistics vom Freitag 103 000 (vgl. Grafik). Ökonomen hatten allerdings 150 000 erwartet. Im November waren 71 000 neue Arbeitsplätze eingerichtet worden. Die Arbeitslosenrate fiel gleichzeitig auf den tiefsten Stand seit Mai 2009: 9,4%. Volkswirte hatten 9,7% prognostiziert. Im November waren 9,8% der Arbeitsbevölkerung stellenlos gewesen.

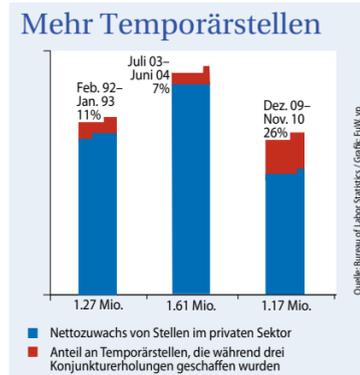
Das Schlechte hindert: Die Stellenzahl in den USA ist heute trotz inzwischen gewachsener Bevölkerung nicht höher als vor zehn Jahren. Und in diesem Zeitraum hat die Zahl der nur temporär Angestellten und der Unterbeschäftigten dramatisch zugenommen.

Wirtschaft wächst zu wenig

Die Arbeitslosigkeit ist zwar zuletzt gesunken, aber noch immer sind 14,5 Mio. Amerikaner ohne Job, obwohl die US-Wirtschaft seit nunmehr anderthalb Jahren ununterbrochen wächst. Warum ist dies so? Erste Antwort: Die Wirtschaft expandiert zu wenig rasch. 2,5% Wachstum wären gemäss Ökonomen nötig, nur um Produktivitätsverbesserungen und Bevölkerungszuwachs auszugleichen und so die Arbeitslosigkeit konstant zu halten. Das Bruttoinlandprodukt der USA stieg im Vorjahresvergleich im dritten Quartal 2010 – den letzten verfügbaren Daten – 2,6%.

Ein zweiter Grund ist, dass die Arbeitslosen nicht die richtige Qualifikation haben, um wieder angestellt zu werden. Verloren gehen vielfach Jobs, die niedrige Qualifikationen erfordern, geschaffen werden hauptsächlich Stellen, die eine höhere Ausbildung voraussetzen. Schlecht geschulte Erwachsene sind denn auch bedeutend häufiger arbeitslos als gut ausgebildete (vgl. Grafik).

Und drittens lässt sich anführen, dass US-Unternehmen zwar neue Stellen einrichten, viele davon aber im Ausland – vor allem in den schnell wachsenden Schwellenländern. So schuf der Baumaschinenhersteller Caterpillar 2010 mehr als die Hälfte der rund 15 000 neuen Jobs ausserhalb der USA. Beim Chemiekonzern Du Pont sank die Zahl der US-Beschäftigten zwischen Januar 2005 und Oktober 2009 um 9%, während die Angestelltenzahl in der Region Asien-Pazifik 54% stieg. Gemäss dem Economic Policy Institute, einer Denkfabrik in Washington, haben



US-Unternehmen im vergangenen Jahr 1,4 Mio. Stellen im Ausland geschaffen, aber weniger als 1 Mio. im eigenen Land.

Wie sieht die langfristige Betrachtung aus, und wie hat sich der amerikanische Arbeitsmarkt in den vergangenen zehn Jahren entwickelt? Zunächst ist festzustellen, dass Ende 2010 fast gleich viele Stellen im privaten und öffentlichen Sektor bestehen wie 2001. Damals wurden in den

USA 132 Mio. Jobs gezählt, Ende 2010 waren es 131 Mio. Eine Spitze erreichte die Beschäftigung zwischendurch im Jahr 2007 mit 138 Mio. Stellen. «In Sachen Jobwachstum war das ein verlorenes Jahrzehnt», folgert der Harvard-Ökonom Lawrence Katz.

Dann fällt auf, dass der Anteil der Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung kräftig abgenommen hat. Über die ver-

gangenen zehn Jahre ist er von 64 auf 58% gefallen. Dean Baker, Ko-Direktor am Center for Economic and Policy Research in Washington, sieht darin nicht nur eine Zunahme älterer, pensionierter Leute. Vielmehr gebe es in den USA auch noch zahlreiche Personen, die gerne arbeiten würden, aber wegen der Schwäche des Arbeitsmarktes nicht können. Viele Arbeitslose hätten die Suche nach einem Job aufgegeben, weil sie hoffnungslos sei.

Mehr Unterbeschäftigte

Weiter ist zu bemerken, dass die Zahl der temporär Beschäftigten stark zugenommen hat. 2010 waren 26% aller im privaten Sektor geschaffenen Stellen befristet, vor einem Jahrzehnt nur 7% (vgl. Grafik). Allen Sinai, Chefökonom beim Beratungsunternehmen Decision Economics, erkennt darin einen «strukturellen Wandel». Unternehmen würden Arbeit zunehmend um kurz- bis mittelfristige Projekte herum organisieren. Dem steht der Wunsch der Temporärarbeiter nach langfristiger Anstellung gegenüber: 68% von ihnen suchen einen permanenten Job.

Das führt zum letzten Punkt: Die Zahl der Unterbeschäftigten ist ebenfalls deutlich gestiegen – von ungefähr 7% Anfang 2001 auf etwa 17% Ende 2010. Zu dieser Kategorie von Individuen gehören nicht nur jene, die weniger arbeiten können als sie wollen, sondern auch solche, die einen Job suchen, dies allerdings in den letzten vier Wochen nicht getan haben, wie es notwendig ist, um in der Arbeitslosenstatistik zu erscheinen. Für die Betroffenen stelle diese Situation «individuelle Not», urteilt Nigel Gault, Chefökonom beim Beratungsunternehmen IHS Global Insight, für die US-Wirtschaft eine «massive Verschwendung von Ressourcen».



US-Unternehmen suchen Personal: 103 000 Stellen wurden im Dezember neu geschaffen.

Untersuchungskommission belastet BP schwer

In sieben von neun Risikoentscheidungen verantwortlich für Ölunfall im Golf von Mexiko – Halliburton und Transocean mitbeteiligt

Der Unfall auf der Bohrplattform «Deepwater Horizon» vom vergangenen 20. April im Golf von Mexiko sei das «Produkt mehrerer individueller Fehlritte und Fehlinterpretationen durch BP, Halliburton und Transocean gewesen, die Regierungsbehörden nicht zu verhindern fähig waren, weil ihnen die Autorität, die personellen Ressourcen und das technische Know-how fehlten». So fasste der Ko-Vorsitzende Bob Graham den am Mittwoch veröffentlichten Teilbericht einer von US-Präsident Barack Obama eingesetzten Untersuchungskommission zusammen. Der vollständige Bericht soll nächste Woche publiziert werden. Der Unfall wurde durch eine Gasexplosion verursacht, die elf Arbeiter tötete, die Bohrplattform untergehen liess und zur schwersten Ölpest in der Geschichte der USA führte.

Kein Einzelereignis

Die Kommission räumt auf mit dem Argument der Industrie, der Unfall sei ein Einzelereignis und sei auf unübliche Entscheidungen der involvierten Unternehmen zurückzuführen. Die Explosion «war nicht das Produkt einer Serie von irrationalen Entscheidungen durch Gesetzbrecher in der Industrie oder in den Behörden», heisst es in dem vorab veröffentlichten Kapitel des Untersuchungs-

berichts. «Die Grundursachen sind vielmehr systembedingt und könnten – wenn es nicht zu tiefgreifenden Reformen in den Industriepolitiken und den Behördenpolitiken kommt – erneut auftreten.»

Die Kommission kritisiert alle drei Unternehmen, fokussiert aber auf den britischen Energiemulti BP, dem das Bohrloch gehörte und der die Bohrungen überwachte. Sie identifiziert neun Entscheidungen, mit denen Zeit gespart werden sollte, die aber das Risiko erhöhten. Für sieben davon war BP verantwortlich. Die Kommission sagt dazu, der Multi habe es versäumt, Verfahren einzurichten, die ver-

hindern könnten, dass Kostensenkungsanstrengungen die Sicherheit kompromittieren. Die Kommission kritisiert auch, dass die Briten wiederholt Änderungen am Bohrlochdesign vorgenommen hätten, ohne die mit den Änderungen verbundenen Risiken anzugehen.

BP reagierte auf die Anschuldigungen mit der Mitteilung, dass die US-Kommission wie ein eigener Untersuchungsbericht zum Schluss komme, der Unfall sei das Resultat verschiedener Ursachen und der Aktivitäten verschiedener Unternehmen. Der Multi fügte an, er sei daran sicherzustellen, dass die Erfahrungen aus dem Unfall in Verbesserungen der Sicherheit und des Risikomanagements bei Tiefseebohrungen einfließen.

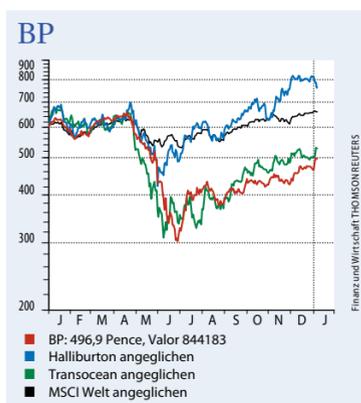
Dem US-Ölfelddienstleister Halliburton wirft die Kommission vor, den zur Stabilisierung des Bohrlochs verwendeten Zement nicht unmittelbar geprüft und BP nicht alarmiert zu haben, nachdem Tests gezeigt hätten, dass das Material instabil sei. Halliburton gab zurück, der Zement sei nach Vorgaben von BP gemixt worden und habe einen abschliessenden Labortest bestanden.

Dem in der Schweiz kotierten amerikanischen Bohrplattformbesitzer Transocean hält die Kommission vor, beim Erkennen von Signalen für Probleme versagt zu haben und die Plattformbesatzung

nicht über gelernte Lektionen aus einem sehr ähnlichen Beinaheunfall auf einer seiner Bohrseln in der Nordsee informiert zu haben. Transocean konterte mit dem Hinweis, die Verfahren auf der Bohrplattform in den letzten Stunden vor dem Unfall seien von BP erstellt und dirigiert sowie im Voraus von den Aufsichtsbehörden abgesegnet worden. Anhand der wenigen Informationen, die ihr zur Verfügung gestanden hätten, habe die Mannschaft die richtigen Massnahmen getroffen, um das Bohrloch zu kontrollieren.

Für Gericht wichtig

Die Erkenntnisse der Untersuchungskommission sind wichtig für das von einem Gericht zu fällende Urteil, ob BP und Konsorten fahrlässig oder grobfahrlässig gehandelt haben. Sollte Letzteres zutreffen, würde die Busse für die durch den Unfall entstandene Ölpest im Golf von Mexiko mehrere Milliarden Dollar höher ausfallen. BP hat für die Begleichung der Unfallkosten – Bohrlochversiegelung, Säuberungsarbeiten, Verdienstausfallentschädigungen für Fischer und Tourismusunternehmer am Golf sowie Bussen – insgesamt 30 Mrd. \$ zurückgestellt. Bis die Verantwortlichkeiten auch gerichtlich geklärt sind, bleiben die Aktien der beteiligten Unternehmen Hochrisikopapiere. **MG**



Pech für Shell in Alaska

Bohrungen verzögern sich erneut

Der niederländisch-britische Ölkonzern Royal Dutch Shell muss seine Bohrungen vor der Küste von Alaska erneut verschieben. Grund dafür ist eine neue Klage von Umweltschützern. Sie haben festgestellt, dass die Bohrgenehmigung der US-Behörden auf Basis veralteter Normen für den Stickstoffoxidausstoss zustande gekommen war, und haben deshalb vor dem Environment Appeals Board Berufung gegen die Bewilligung eingelegt.

Für Shell ist das ein schwerer Schlag. «Wir verlieren dadurch wahrscheinlich wieder viel Zeit, und es kostet auch viel Geld», bedauert die Haager Konzernzentrale. Denn im vergangenen Jahr, als die Bohrungen in der Beaufort Sea vor Alaska beginnen sollten, ereignete sich die Explosion der BP-Ölplattform «Deepwater Horizon» im Golf von Mexiko (vgl. nebenstehenden Artikel unten). Die US-Regierung unterband daraufhin alle Bohrungen vor den Küsten der USA.

Kein Grund zur Sorge

Das Verbot wurde inzwischen aufgehoben. Shell ging deshalb davon aus, mit den Bohrungen vor Alaska im Sommer beginnen zu können. Die Genehmigung hatte noch die US-Regierung unter Präsident George W. Bush erteilt. Wegen der Wetterverhältnisse kann dort nur im Sommer gebohrt werden, wenn die Gewässer eisfrei sind. Shell will insgesamt neun Bohrungen durchführen. Dafür wurden Schiffe gemietet, die nun sozusagen arbeitslos vor Anker liegen. Die Mietkosten betragen 60 Mio. \$ im Quartal. Wenn sich das Berufungsverfahren über den Sommer hinzieht, können die Bohrungen voraussichtlich erst im Sommer 2012 beginnen.

Der niederländisch-britische Energiekonzern ist jedoch weltweit tätig. Im dritten Quartal 2010 wurde die Ölförderung im Jahresvergleich um 3% auf 1,71 Mio. Barrel pro Tag gesteigert. Die Gasförderung nahm 7% zu, sodass die Gesamtproduktion um 5% auf 3,06 Mio. Barrel Öläquivalente pro Tag wuchs (vgl. FuW Nr. 85 vom 30. Oktober 2010).

Dennoch ist die neuerliche Verzögerung der Bohrungen vor Alaska für Shell eine herbe Enttäuschung, weil sich dadurch die Ölförderung in dieser Region verzögert. Allerdings wird bis Anfang 2012 die in Katar errichtete weltgrösste Anlage zur Herstellung von Flüssiggas (LNG) voll operativ sein und läuft auch die Öl- und Gasförderung auf der russischen Halbinsel Sachalin hervorragend.

Aktien bleiben kaufenswert

An der Börse reagierten die Anleger gelassen auf die unerfreuliche Nachricht aus den USA. Royal Dutch Shell gaben am Donnerstag 0,5% auf 25,16€ nach und notierten am Freitagmittag 24,99€. Sie liegen aber dank des festen Ölpreises nach wie vor gut im Markt. Ausserdem locken sie mit einer attraktiven Dividendenrendite von über 5%.

Auf Basis der Gewinnschätzung für das laufende Jahr sind Royal Dutch Shell mit einem moderaten Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 8 bewertet. Sie bleiben kaufenswert. Nicht zuletzt auch deshalb, weil der Ölpreis im Zuge der sich wieder belebenden Weltkonjunktur weiter steigen dürfte. Die Unternehmensaussichten sind intakt. Das Ziel ist, bis 2012 die Tagesproduktion auf 3,5 Mio. Barrel Öläquivalente zu steigern. Die rasche Gewinn-erholung spricht dafür, dass die Dividende erhöht wird. **HTZ**, Den Haag

